

Redebeitrag des Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler

*Redebeitrag des Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler zur
Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Russland mit dem Titel
„Christentum und Politik: Zwischen Säkularismus und dem Gottesbezug in
der Verfassung“ am 5. März 2021*

Redner/in: Dr. Matthias Rößler, MdL

Datum: Freitag, 05. März 2021

Ort: Zoom

- Verhältnis von Politik und Religion in Deutschland ist vielschichtig und reicht weit in der Geschichte zurück
- Deutschland, und besonders auch Sachsen, gilt als Kernland der Reformation, Martin Luther prangerte mit seinem Thesenanschlag im Jahr 1517 kirchliche Missstände an, legte damit eine wichtige Grundlage für den heutigen Protestantismus in Mitteleuropa
- das Reformationsjubiläum vor vier Jahren hat das weltweite Erbe Luthers deutlich gemacht □ aus politischer Sicht vor allem: Gewissensfreiheit, als Teil der individuellen Freiheitsrechte des Einzelnen
- zum Thema „Politik und Religion“: Konzentration auf das 20. und 21. Jahrhundert, gegliedert anhand von sieben Thesen

These 1) Die kooperative Trennung von Staat und Kirche in Deutschland hat sich seit mehr als 100 Jahren bewährt.

- Durchsetzung der Staat-Kirche-Trennung mit der Weimarer Reichsverfassung von 1919, statt dem Prinzip des Gottesgnadentums galt ab da das demokratische Prinzip der Volkssouveränität
- „Neutralitätsgebot“ für den Staat besteht bis heute, das Grundgesetz der Bundesrepublik

Deutschland übernahm im Jahr 1949 die entsprechenden Artikel wortwörtlich („Es besteht keine Staatskirche“, Artikel 137 WRV)

- weltanschauliche Neutralität des Staates bedeutet, dass in Deutschland keine Religion gegenüber anderen Religionen bevorzugt ist; „Staat soll Heimstatt aller Bürger sein“ (BVerfG 1960)
- für alle Religionen gelten die gleichen Rechte, solange sie die Voraussetzungen an das Staatskirchenrecht erfüllen, dazu gehört Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts
- trotz der formalen Trennung von Staat und Kirche: Bereiche, in denen die Religionsgemeinschaften mit dem Staat zusammenarbeiten; „kooperative Trennung“ bedeutet unter anderem Zusammenarbeit beim Religionsunterricht oder Militär- und Gefängnisseelsorge
- Außerdem: Staat ist nicht religionsblind, wie es im Laizismus der Fall ist, vielmehr weiß der Staat um die konstruktive Kraft von Religion (daher auch „fördernde Trennung“); Beispiele: Kraft für den gesellschaftlichen Zusammenhalt; als historische Werte- und Kulturgrundlage; als Quelle für ethische Entscheidungen □ „fördernde Trennung“ ermöglicht auch den Gebrauch öffentlicher religiöser Symbole und Zeremonien durch den Staat

- Staat greift auf Ressource Religion zurück, schafft Voraussetzung für ihr Gedeihen, aber: die „Wahrheitsfrage“ und damit Bevorzugung bleibt tabu, da der säkulare Staat weder fähig noch zuständig ist, über transzendente Fragen zu entscheiden; das obliegt allein den Religionen

These 2) Staatsleistungen und Kirchensteuern beruhen auf einer historischen Grundlage, die seit Jahren an gesellschaftlicher Unterstützung verliert.

- Bundesländer erbringen Staatsleistungen als Entschädigungen für Enteignung von Kirchenbesitz im Jahr 1803 (Säkularisationen); Staatsleistungen teilweise auch als historisch gewachsene Besoldungszuschüsse für Kirchenpersonal
- Staatsleistungen in Sachsen 30,6 Millionen Euro, gesamte Bundesrepublik: ca. 595 Millionen Euro (2021).¹
- vielfältige Kritik an den Staatsleistungen, selbst Kirchen stehen einer Ablösung positiv gegenüber, allerdings würden im Falle der Umsetzung erhebliche Einzelbelastungen für den Staat entstehen
- Kirchensteuer wird durch den Staat eingezogen, zwischen 8 und 9 Prozent der Einkommensteuer; staatlicher Aufwand der Finanzämter wird vergütet
- Einnahmen aus der Kirchensteuer der evangelischen und katholischen Kirche in Deutschland: 160 Millionen Euro.² (Sachsen), beziehungsweise 12,7 Milliarden Euro.³ (Deutschland) im Jahr 2020

These 3) Der Gottesbezug in der Präambel des Grundgesetzes beruht auf der Überzeugung eines christlichen Menschenbildes.

- Bezugnahme auf Gott im Grundgesetz war Neuland, weder Paulskirchenverfassung von 1849 noch Weimarer Verfassung von 1919 kannten einen derartigen Verweis
- Präambeltext im Wortlaut: „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen (...) hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben“ □ dazu Kommentar des Verfassungsrechtlers Udo di Fabio: „Die Demokratie eines souveränen Staates darf im

Prinzip alles, aber sie bindet sich aus höherer Einsicht selbst: und zwar an den Rechtsstaat.“⁴

- Im Gottesbezug des Grundgesetzes verbirgt sich der biblische Glaube an einen Schöpfer, der die Menschen nach seinem Ebenbild geschaffen hat; daraus lässt sich die Würde des Menschen ableiten: alle Menschen sind von Gott geschaffen und haben damit die gleichen Rechte, das gleiche Ansehen
- Bundeskanzler Konrad Adenauer: Gottesbezug sei „Himmelsanker, der im Grundgesetz ausgeworfen wurde, an dem alles Glück der Menschen festgemacht werden sollte, seine Würde, seine Freiheit, seine Hoffnung, sein Schutz vor sich selbst“.⁵
- außerdem: Absage an totalitäre Staatsführung, ausgehend von den Erfahrungen der nationalsozialistischen Herrschaft; Bezugnahme auf Gott macht deutlich, dass der Staat nicht die letzte Instanz ist

These 4) Fehlender Gottesbezug in Sächsischer Verfassung war eine verpasste Chance.

- Ein Gottesbezug wäre naheliegend gewesen, weil: Kirchen kam bedeutende Rolle bei der Friedlichen Revolution 1989 und der Wiedergründung des Freistaats Sachsen 1990 zu; Friedensgebete im Herbst 1989 in den Kirchen; Kirche in der DDR als „Sprachraum der Freiheit“; kirchliche Amtsträger als Teilnehmer und Moderatoren der Runden Tische; Konstituierung des Sächsischen Landtags in Dreikönigskirche in Dresden; ca. 70 Prozent der Abgeordneten 1990 evangelisch oder katholisch, deutlich mehr als Bevölkerungsdurchschnitt
- dennoch: Sächsische Verfassung ohne Gottesbezug, aber mit Benennung der Schöpfung □ schließt ein, dass es auch einen Schöpfer geben muss
- sächsische Verfassungsgeber waren damals offen für konkreten Gottesbezug, doch christliche Kirchen lehnten ab, fürchteten staatliche Vereinnahmung
- habe selbst einen Gottesbezug damals befürwortet, Chance wurde verpasst

These 5) Die Kirchen verlieren in Deutschland zunehmend an gesellschaftlicher Prägekraft.

- trotz ihres Engagements, die Kirchen in Deutschland und auch in Sachsen schrumpfen

kontinuierlich: in Sachsen bereits auf niedrigem Niveau von 31,5 Prozent (1992) auf 21,7 Prozent (2018).⁶ damit gehören drei von vier Sachsen keiner Religionsgemeinschaft an

- Ursache: unter anderem bitteres Erbe der DDR und ihrer Politik der „Entchristlichung“ (Peter Maser): Verbannung des Religionsunterrichts aus den Schulen, Einführung der Jugendweihe, sowie die systematische Benachteiligung von bekennenden Christen
- Folge: Kirche fehlt in Ostdeutschland die Bindekraft und Integrationsfähigkeit im vorpolitischen Raum; fehlende Verankerung in der Gesellschaft; ihre Stimme wird kaum in der breiten Öffentlichkeit vernommen; außerdem: fehlende religiöse Bildung führt zu weniger religiöser Toleranz (etwa im Verhältnis zu den Muslimen und Juden)
- trotz geringer Zahl an Kirchenmitgliedern: weiterhin wichtige Rolle der Kirchen in der Bildungslandschaft und als Träger großer Wohlfahrtsverbände; in Sachsen aktuell 259 evangelische Kindergärten und 54 Schulen (2019) unter christlicher Trägerschaft; Kirchen sind einer der größten Arbeitgeber
- Blick auf Gesamtdeutschland: ca. 61 Prozent Christen, ca. 5 Prozent Muslime, ca. 33 Prozent ohne Religionszugehörigkeit (2015).⁷
- in der Corona-Pandemie: Kirchen haben ihre Möglichkeiten kaum genutzt: theologische Erklärungen, ethische Empfehlungen zu Folgen der Anti-Corona-Maßnahmen oder zum Impfen; Umgang mit Krankheit und Tod
- spezifisches Problem der katholischen Kirche: mangelnde Transparenz bei der Aufklärung von Missbrauchsvorwürfen

These 6) Das Verhältnis von Christentum und Demokratie ist eine Lerngeschichte mit positivem Ausgang.

- wenige evangelische Theologen, die die neue Demokratie nach Ende des Deutschen Kaiserreiches 1918 verteidigten; vorherrschende Skepsis und Ablehnung einer religionslosen oder religiös neutralen Obrigkeit, die auf das Ende der „landesherrlichen Kirchenregimenter“ folgte
- spätestens 1938: Zuwendung vieler evangelischer Christen zum Nationalsozialismus, unter dem Eindruck der Dauerkrise des bürgerlichen Bewusstseins und der ökonomischen Verwerfungen

- dem entgegenstehend: die Bekennende Kirche; der Widerstand im Dritten Reich, maßgeblich geprägt von christlichen Persönlichkeiten wie Dietrich Bonhoeffer oder Sophie und Hans Scholl
- „Kann Kirche Demokratie“ fragte vor zwei Jahren der Journalist Arnd Henze⁸; seine Einschätzung: die Kirchen in Deutschland hätten ihr antidemokratisches Erbe nach 1945 nie ganz aufgearbeitet, auch heute wären autoritäre und auch antisemitische Einstellungen unter Kirchenmitglieder überdurchschnittlich vorhanden; sie sollten sich daher mehr politisch einmischen
- anders als Arnd Henze vertritt der Buchautor Klaus-Rüdiger Mai⁹ die Überzeugung, die Kirche dürfe sich nicht in eine „Moralagentur“ verwandeln, sondern solle sich auf ihr Kernthema, die Verkündigung des Glaubens konzentrieren
- Historikerin Hedwig Richter sieht in den Kirchenordnungen des früheren 19. Jahrhunderts einen Ursprung des heutigen Parlamentarismus; damals stiegen die Mitbestimmungsrechte für Männer, später auch für Frauen, in Kirchgemeinderäten und Synoden.¹⁰
- bedeutende Wegmarke für Deutschland: 1985 die „Demokratie-Denkschrift der Evangelischen Kirche: darin eingehende positive Würdigung der liberalen Demokratie; sie wird als Verfassungsform geachtet, die die unantastbare Würde des Menschen anerkennt und verteidigt; die dem Bürger außerdem Gestaltungsmöglichkeiten für politische Beteiligung bietet

These 7) Die Religionsfreiheit ist ein zentraler Wert der liberalen Demokratie. Sie gerät aber auch in säkularen Gesellschaften zunehmend unter Druck.

- Grundgesetz gewährt umfassenden Schutz der Religionsfreiheit in zwei Formen: aktive Religionsfreiheit und passive Religionsfreiheit □ sowohl das Recht auf religiöse Praxis (in der Öffentlichkeit und im Privaten) steht unter der Obhut des Grundgesetzes, wie der Schutz vor Glaubenspflicht □ niemand wird zu einem bestimmten Bekenntnis gezwungen
- Religionsfreiheit gilt für alle Religionen gleichermaßen, unabhängig ihrer Größe, dieses Recht ist deutlich weiter gefasst als nur die

Anerkennung als Religionsgemeinschaft durch das deutsche Staatskirchenrecht

- Staat ist christlich-abendländisch geprägt, dennoch kann jeder seine Glaubensüberzeugungen frei leben
- Spannungsfelder der Religionsfreiheit in Deutschland in Anbetracht einer pluralistischen Gesellschaft: Gebete und Gottesdienste an Schulen und Universitäten stehen in der Kritik; „Neutralitätspolitik“ in Unternehmen, die von Mitarbeitern Verzicht auf religiöse Zeichen verlangt; Kritik an religiösen Festen selbst in kirchlichen Kindergärten.¹¹

Das Ende meines Redebeitrags möchte ich nutzen, um zudem noch einige Anmerkungen zu den deutsch-russischen Beziehungen zu machen. Lieber Thomas Kunze, du hast mich darum gebeten und dem komme ich gern nach. Der Dialog beider Länder liegt mir seit vielen Jahren am Herzen. Unter anderem bei dem regelmäßig stattfindenden Zukunftsforum Schloss Wackerbarth der Konrad-Adenauer-Stiftung setze ich mich seit jeher für einen konstruktiven Austausch auf verschiedenen Ebenen ein. Die deutsch-russische Beziehungen haben – und damit bleibe ich vorerst beim Thema – religiöse Wurzeln, die weit in der Geschichte zurückreichen.

- Heilige Olga von Kiew (920 bis 969), regierte nach dem Tod ihres Mannes Igor als Fürstin von Kiew; Taufe im Jahr 955, anschließend brachte sie die Modernisierung und Christianisierung des Landes voran; bat deutschen König Otto I. um Missionsunterstützung → Wunsch nach Verbindung zum westlichen Kaisertum
- Wladimir der Große (960 bis 1015) war Großfürst von Kiew, heute als apostelgleicher Heiliger verehrt, ließ sich taufen, um Beziehungen zum byzantinischen Christentum aufzubauen; während seiner Herrschaft gelangte die Orthodoxie zu großer Entfaltung, zahlreiche Kirchen und Klöster entstanden

Der deutsch-russische Dialog kennt noch viele andere Bereiche, zum Beispiel die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern.

- europäische Handelsbeschränkungen machen es der sächsischen Wirtschaft seit vielen Jahren sehr schwer
- Sanktionen haben unserer Wirtschaft nachhaltig geschadet, Export nach Russland gegenüber 2013 fast vollständig eingebrochen; vielmehr suchen sich die russischen Handelspartner neue Lieferanten und Sachsen geht leer aus → politisch erfolgreich waren die Sanktionen jedoch nie
- Daher setzte mich gemeinsam mit dem sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer dafür ein, die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland wieder zu normalisieren.
- Ebenso sollte auch die zweite Nord-Stream-Pipeline vor allem nach wirtschaftlichen Kriterien bewertet werden. Sie ist als Baustein einer verlässlichen Energiepolitik in Deutschland notwendig.

Quellen:

- ¹ Sächsisches Finanzministerium, Haushaltsplan 2021/22.
- ² Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsen, Haushaltsplan 2020; Bistum Görlitz, Jahresbericht 2019, Bistum Dresden-Meißen, Haushaltsbericht.
- ³ Evangelische Kirche in Deutschland; Deutsche Bischofskonferenz.
- ⁴ di Fabio, Udo, Gewissen, Glaube, Religion. Wandelt sich die Religionsfreiheit? Berlin 2009.
- ⁵ Adenauer, Konrad, Erinnerungen (4 Bände).
- ⁶ Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, Kirchen in Sachsen: Eine historische Einordnung, abrufbar unter: <https://www.slpb.de/themen/gesellschaft/religion/religion-in-sachsen>.
- ⁷ Daten von der Swiss Metadatabase of Religious Affiliation (SMRE).
- ⁸ Henze, Arnd, Kann Kirche Demokratie? Wir Protestanten im Stresstest, Freiburg i.Br. 2019.
- ⁹ Klaus-Rüdiger Mai, Geht der Kirche der Glaube aus? Eine Streitschrift. Leipzig 2018.
- ¹⁰ Richter, Hedwig, Demokratie eine deutsche Affäre. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 2020.
- ¹¹ Heinig, Hans Michael, Säkularer Staat – viele Religionen. Religionspolitische Herausforderungen der Gegenwart. Hamburg 2018.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V

Der Text ist in all seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. oder des Rechteinhabers unzulässig. Dies gilt insbesondere, aber nicht ausschließlich, für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

Kontakt**Titel Name Nachname**

Leitung und Funktion mit einer zweiten Zeile

name.vorname@kas.de

www.kas.de/spezial

www.kas.de